Mittag-Ausgabe.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortliche Redakteure: F. Hachfeld für den politischen Theil, A. Beer für den übrigen redaktionellen Theil, in Posen.



Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen.

Nr. 44

Die „Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal, anden auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 18. Januar.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 80 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1893

Deutscher Reichstag.

23. Sitzung vom 17. Januar, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Brömel (dfr.), betreffend Publikation des amtlichen Waarenverzeichnisses.

Zur Begründung derselben nimmt das Wort

Abg. **Brömel** (dfr.): Kein Gebiet der Abgaben ist so wichtig für Handel und Gewerbe wie die Zölle. Es bestehen auf diesem Gebiet allerlei Mißstände. Betreffs des Waarenverzeichnisses sind verschiedene Wünsche laut geworden. Bei dem letzten Waarenverzeichnisse hat sich die Nothwendigkeit der rechtzeitigen Veröffentlichung geltend gemacht, da gerade hier große Veränderungen vorgenommen sind. Man muß ja anerkennen, daß bei der Festsetzung des Zolltarifs mancherlei Schwierigkeiten sich ergeben. Auf diesem Gebiete muß zwar gleichmäßig, aber auch mit strenger Gerechtigkeit vorgegangen werden. Nachdem sich in Folge der Handelsverträge die Nothwendigkeit von Aenderungen des Zolltarifs herausgestellt hat, wird manche bisherige Ungleichheit geregelt werden. Wir stehen vor einer sehr tiefgreifenden Aenderung des Zolltarifs, die kommerziell von sehr großer Bedeutung ist. Ueber den Zolltarif sind bis jetzt nur drei Handelskammern sich zu äußern in der Lage gewesen. Gewiß ist in diesen Handelskammern große Sachkenntniß vorhanden, aber in manchen Fragen sind sie zu einer sachlichen Entscheidung nicht fähig. Die gewerblichen Kreise haben nur in geringem Umfang Kenntniß von den bevorstehendeu Aenderungen erlangt. Es ist aber durchaus nothwendig, daß die wesentlichsten Zollsätze in einer Weise bekannt gemacht werden, daß die betheiligten Kreise Stellung dazu nehmen können. Dadurch würden manche Uebelstände gemildert werden. Das allein ist der Zweck unserer Interpellation.

Schatzsekretär Frhr. **v. Maltzahn:** Die Ausarbeitung eines amtlichen Waarenverzeichnisses beruht auf einem Beschluß des Bundesraths vom Januar v. J. Er wurde gefaßt gleichzeitig mit den Abänderungen, welche sich als Konsequenz der Handelsverträge ergaben. Der Entwurf ist seiner Fertigstellung so nahe, daß er vielleicht noch im Januar, spätestens jedoch im Februar dem Hause zugehen wird. Zunächst wurden bezügliche Schreiben an die Bundesregierungen erlassen, auf welche die Antworten eingegangen sind. Nebenher hat auch der Reichskanzler Anfragen über verschiedene Zollsätze an die Detailisten gerichtet. Auf diesen sehr umfangreichen Erhebungen ist der Entwurf festgestellt. Nun wünscht die Interpellation, daß der Entwurf noch einmal bekannt gegeben werde, damit die betheiligten Kreise sich gutachtlich äußern, wenigstens über die wichtigsten Sätze. Ich trage Bedenken, diesen Weg für einen sehr zweckmäßigen zu halten; denn es ist sehr schwer, Sätze auszuwählen, welche von Jedermann als die wichtigsten angesehen werden. Die Bekanntmachung des ganzen Entwurfs hat große Bedenken. Die Zwischenzeit bis zum Inkrafttreten des Tarifs würde übermäßig verlängert werden. Die Bekanntmachung ist hauptsächlich nicht erfolgt, weil es äußerst schwierig ist, ein so umfangreiches Werk zweimal aufzulegen und zu drucken. Auch würde dieselbe den bisher inne gehaltenen Gewohnheiten widersprechen. Jedenfalls wird der Reichskanzler den betheiligten Kreisen möglichst ergiebig die Möglichkeit gewähren, ihre Bedenken rechtzeitig zu äußern.

Abg. **Brömel** verzichtet mit Rücksicht auf die Schlußausführungen des Staatssekretärs auf weitere Besprechung.

Hierauf wird die erste Berathung der **Branntweinsteuernovelle** fortgesetzt.

Abg. **Uhden** (kons., auf der Tribüne schwer verständlich) hält Einführung eines Rohspiritusmonopols für die beste Art der Branntweinbesteuerung. Mit demselben würden die Interessen des Reichs und der Brenner gleichzeitig gewahrt. Dasselbe würde ca. 200 Millionen einbringen. Es sei unrichtig, daß der Kartoffelbau zur Degeneration der Arbeiter führe; denn gerade aus den östlichen Provinzen, wo die meisten Kartoffeln gebaut würden, kämen die kräftigsten Soldaten. Dort würde auch die sozialdemokratische Agitation keinen Boden finden. Die Aufhebung der Kontingentirung würde dazu führen, daß das Großkapital sich der Sache bemächtige. Die Legende, daß die Preisdifferenz eine Liebesgabe darstelle, sei schon gestern auf das rechte Maß zurückgeführt worden. Die Zustimmung zu der Vorlage sei seiner Partei um so schwerer, als die Landwirthschaft durch die Gesetzgebung der letzten Jahre schwer geschädigt sei. Werde jedoch die Militärvorlage angenommen, so werde sie sich nicht gegen diese Steuervorlage sträuben.

Abg. Dr. **Barth** (dfr.): Bei jeder neuen Branntweinsteuer-Diskussion lenkt sich die Aufmerksamkeit auf die sogenannte Liebesgabe, und das mit Recht, denn sie ist etwas Neues in der Gesetzgebung. Der bayerische Finanzminister hat gestern eine neue Begründung für die Nothwendigkeit dieser Liebesgabe geliefert. Er sagte, als man die Branntweinsteuer einführte, seien durch die eintretende Ueberproduktion die Verhältnisse schlecht geworden; man habe deshalb kräftig eingreifen müssen. Man spricht von einem Geschenk. Dieser Ausdruck paßt allerdings nicht; denn ein Geschenk ist eine freiwillige Gabe, und davon kann hier allerdings nicht die Rede sein. (Zustimmung links.) Eben weil die Gabe erzwungen war, hat das Volk den reizenden ironischen Ausdruck „Liebesgabe" erfunden (Sehr gut! links), und so lange wir keinen anderen Zustand haben sollten, bleiben wir dabei. (Sehr richtig! links.) Es ist Thatsache, daß die große Masse der Branntweinbetriebe zu einer Steuerauflage von 150 Millionen verurtheilt ist, von denen nur 110 in die Reichskasse fließen. Während der bayerische Finanzminister die Liebesabgabe wegen der Ueberproduktion für nothwendig erklärt hat, hat man sie sonst als Folge des Niedergangs des Exports dargestellt. Keins von beiden hat mit dem Gesetz von 1887 etwas zu thun. Wenn man hier ausgleichen zu müssen glaubt, dann hätte man auch in andern Fällen z. B. in der Tabaksteuer diese „ausgleichende Gerechtigkeit" walten lassen müssen. Man hat geglaubt, durch die Branntweinsteuer die Preisbildung zu beeinflussen. Das ist nicht der Fall gewesen. Der Preis des Branntweins richtet sich nach dem Ausfall der Kartoffelernte. Es ist zu berücksichtigen, daß die kartoffelessende Bevölkerung Deutschlands seit 1887 um 6—7 Prozent zugenommen hat, während die Kartoffelgewinnung nur um 4 Prozent zugenommen hat. Wenn die Liebesgabe jemals eine Berechtigung gehabt hätte, hätte sie diesem Verhältniß gegenüber alle Berechtigung verloren. Wenn weiter die Steuer wirklich den Preis des Branntweins heruntergedrückt hat, dann muß auch der Preis für die Brennereikartoffel heruntergegangen sein. (Zustimmung rechts.) Ja, dann müssen doch auch die vierzig Millionen gleichmäßig auf den ganzen Kartoffelbau vertheilt werden. (Sehr richtig! links.) Gestern hat der bayerische Finanzminister gemeint, die Brennereien seien auf große Produktion eingerichtet gewesen, sie hätten auch bei ungünstiger Geschäftslage weiter produziren müssen; daher die vierzig Millionen. Wenn das sich wirklich so verhält, dann muß erst recht ein solches ungesundes Geschäft gehindert und die ganze Liebesgabe beseitigt werden. (Sehr richtig! links.) Der württembergische Vertreter hat angeführt, in Württemberg gebe es nur kleine Brennereien nnd diese hätten höhere Produktionskosten als die norddeutschen; deßhalb müßte die Liebesgabe aufrecht erhalten werden. Die Verschiedenheit der Produktionskosten beweist doch, daß die 40 Millionen in irgend eine Tasche fließen. Kommen Sie doch auch nicht immer mit den kleinen Brennereien! Sonst riskiren Sie, daß Ihnen gesagt wird: Gut, die kleinen mögen das Geld behalten, wenns nur die großen herausgeben. Der Widerwille gegen die Liebesgabe wird immer stärker. Es muß einmal diese extravagante Maßregel beseitigt werden. Wir wollen überhaupt keine Branntweinsteuer; wenn wir sie aber brauchen, dann muß die Liebesgabe beseitigt werden. Das allgemeine Interesse muß auf den Thron gesetzt werden. (Beifall links).

Bayerischer Finanzminister Freiherr **v Riedel:** Die Regierungen stehen im Dienst allgemeiuer Interessen. Die Erhaltung des Brennereigewerbes liegt im allgemeinen Interesse. Ich glaube freilich nicht, duß ich den Abgeordneten Barth überzeugen kann. Er sprach von der Liebesgabe als von etwas Selbstverständlichem. Er hat vergessen, zu zeigen, ob und wo denn eine solche Liebesgabe besteht. Die Einführung der Steuerdifferenz hat die Bedeutung eines Korrektionsmittels gehabt. Mit seiner Behauptung, daß der Preis des Spiritus sich nach der Kartoffel richtet, hat der Abgeordnete Barth recht. Aber daraus folgt doch, daß eine Liebesgabe nicht vorhanden ist; denn wäre sie vorhanden, dann wäre die Preisbildnng nicht so schwankend. Die Produktionskosten stehen in keinem Verhältniß zu der Liebesgabe. Nach mir vorliegenden Ermittelungen ist der Gewinn der Brenner in keinem Jahr groß gewesen. Kurz und gut, so lange mir nicht ein Beweis erbracht wird, glaube ich nicht an die Existenz der Liebesgabe. (Beifall rechts.)

Abg. Fürst **Hatzfeld** (Rp.): Alles, was man für die Steuererhöhung angeführt hat, kann man ebenso gut gegen dieselbe anführen. Man will der Landwirthschaft den Schritt nicht zu fühlbar machen, und ich erkenne die Fürsorge der verbündeten Regierungen dankbar an. Die Landwirthschaft hat indeß von dem Gesetz nicht nur keinen Nutzen, sondern eher Schaden gehabt. Während noch 1885 bis 1887 über 27 Millionen Doppelzentner Kartoffeln in den Brennereien gebraucht wurden, ist dieser Verbrauch erheblich gefallen. Das wirkt nicht nur auf die Kartoffelpreise, sondern auch auf die Getreidepreise. Wenn die Fabrikatsteuer eingeführt würde, hätte die Reichskasse große Einnahmen und die Brennereien und die Landwirthschaft würden Nutzen haben. Die Fabrikatsteuer ist die logische Konsequenz der Beschlüsse vor zwei Jahren. Ich gebe anheim, ob nicht für die kleinen süddeutschen Brennereien Erleichterungen gewährt werden könnten und ob nicht für den Branntwein der Rektifikationszwang einzuführen ist. Wird die Fabrikatsteuer eingeführt, so hört jede Beschränkung der Fabrikation auf. Jeder kann brennen, wie und was er will. Sollte ein deutsch-spanischer Handelsvertrag abgeschlossen werden, so müßten im Interesse der deutschen Landwirthschaft Bestimmungen zum Schutz des Spritexports aufgenommen werden. Ist das Gesetz von 1887 ein gutes, dann rütteln Sie nicht daran. Hat es sich nicht bewährt, dann bringen Sie eine Vorlage, die zum Segen der Landwirthschaft und der Brennerei dient.

Abg. Dr. **Höffel** (Rp.): Eine Erhöhung der Branntweinsteuer wird eine Verminderung des Konsums herbeiführen. Das dürfte aber in weiten Kreisen schweren Bedenken begegnen. Statt des Branntweins hätte man lieber den Tabak heranziehen sollen; denn in ersterem trifft man eine ganze Reihe von Industrieen, was bei letzterem nicht der Fall ist. Auch wäre die Tabaksteuer, da der Tabak reines Genußmittel ist, leichter von den Konsumenten zu tragen. Ich hätte sogar nichts gegen Einführung des Tabakmonopols, das zur Vertheilung der Lasten des armen Mannes dienen könnte. Ebenso könnte man eine Steuer für Lotterieloose einführen. Ich hoffe, es wird in der Kommission gelingen, die kleinen Leute vor dieser Steuererhöhung zu bewahren.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.): Die Bemessung des Kontingents kann keinesfalls als eine Ungerechtigkeit für den einzelnen Brenner angesehen werden. Wenn die Freisinnigen und Sozialdemokraten nicht immerfort mit der Phrase der Liebesgabe an die Brenner auf den Stimmenfang ausgegangen wären, sie hätten jetzt nicht so viele Antisemiten zu bekämpfen, wie es thatsächlich der Fall ist. (Lachen links.) Das Gesetz von 1887 hat doch Erhebliches geleistet. Als es sich darum handelte, was an die Stelle gesetzt werden sollte, wußten die Freisinnigen nichts. Das ist ein großer Nutzen des Gesetzes, daß die kleinen Brennereien noch bestehen. Wir bedürfen sogar, um uns gegen die spanische und russische Konkurrenz zu schützen, einer Exportprämie, wie sie Rußland gewährt.

Abg. **v. Staudy** (dkons.): Die Vorlage wird eine weitere Schädigung der kleineren Brennereien zur Folge haben. Wenn wir auch für das Zustandekommen der Militärvorlage eintreten, so müssen wir doch prüfen, ob die vorgeschlagene Deckung für die nothwendig werdenden Mittel richtig ist. Dabei dürfen wir nicht bloß finanzpolitische, sondern vor allem wirthschaftliche Gesichtspunkte in Rücksicht ziehen. Allerdings ist zuzugeben, daß 1887 die Regierung diese wirthschaftlichen Rücksichten gezeigt hat. Die Erhöhung der Branntweinsteuer wird aber das Brennereigewerbe schädigen. Die Herren Hatzfeld und v. Kardorff erkennen das an, aber ziehen nicht die Konsequenzen. Eine Liebesgabe wird an die Brenner nicht gewährt. Die Spendung von zwanzig Mark ist nur nothwendig, um dem Brennereibetriebe die Existenz überhaupt zu ermöglichen. Gegen ein Verlassen des Weges von 1887 hätte ich nichts, aber es darf kein Weg eingeschlagen werden, der den landwirthschaftlichen Betrieb schädigt. Die Aenderung des Kontingents, wie sie in der Vorlage vorgeschlagen wird, wird die Existenz vieler Brauereien gefährden. Die Erhöhung der Steuer wird zu einem Rückgang des Konsums, und dieser zu einer Verringerung des Kontingents führen. Hoffentlich wird dem Gesetze in der Kommission eine Fassung gegeben, durch die die Interessen der Landwirthschaft gewahrt werden. Geschieht dies nicht, so kann ich aus patriotischen Gründen nicht dafür stimmen.

Damit ist die erste Berathung erledigt, die Vorlage wird an die Militärkommission verwiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Anträge Hitze-Gröber und Ackermann auf Abänderung der Gewerbeordnung).

Schluß gegen 5¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung vom 17. Januar, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die allgemeinen Rechnungen über den Staatshaushalt des Jahres 1889/90, der größte Theil der Uebersicht von den Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres 1891/92, der Gesetzentwurf, betr. die Deckung von Ausgaben des Rechnungsjahres 1891/92 werden der Rechnungskommission überwiesen; dagegen geht der Theil der Uebersicht von den Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres 1891/92, der sich auf die Eisenbahnverwaltung bezieht, an die Budgetkommission.

Es folgt die erste Berathung des **Etats**.

Abg. **v. Strombeck** (Ztr.): Es hat eine große Beunruhigung hervorgerufen, daß der Etat für 1891/92 mit einem Defizit von 51 Millionen abschließt und daß das Defizit des laufenden Jahres noch größer sein wird. Der Voranschlag für 1893/94 weist sogar ein Defizit von 58 Millionen auf. Allerdings erhöht sich die Schuldlast des Staates nicht um eben diese Summe, da 20 Mill. zur Schuldentilgung in diesem Etat verwendet werden. Das Ergebniß zeigt doch, daß man sich in den Schätzungen sehr geirrt hat. Das beweist, wie wenig Gewicht auf solche Schätzungen zu legen ist. Beim Etat von 1891/92 hat man sich um 113 Millionen geirrt, denn die Etatsüberschreitungen erreichen diesen Betrag. Als Kuriosum möchte ich anführen, daß in der Uebersicht von 1891/92 eine Etatsüberschreitung von 1 Pfennig 2 Seiten lang begründet ist. Das macht also an Druckkosten das Hundertfache dieses Betrages aus. Ein sicheres Bild von der Zukunft kann man sich nicht machen. Die Verhältnisse scheinen sich zwar, wenn man die letzten Eisenbahn-Einnahmen in Betracht zieht, zu verbessern, aber etwas Genaues läßt sich doch nicht voraussagen. Nicht einverstanden können wir uns mit dem Vorschlage erklären, den aus der Einkommensteuer über 80 Millionen Mark sich ergebenden Betrag zur außerordentlichen Schuldentilgung zu verwenden. Wo bleibt da das Vertrauen auf die Stetigkeit der Gesetzgebung, wenn das, was in einem Gesetz versprochen wird, also hier Erleichterung der Steuerzahler um jene Summe, nicht gehalten wird? Es widerspricht dem § 82 des Einkommensteuergesetzes, die Ueberschüsse zur Deckung eines Defizits zu verwenden. Der Finanzminister hat uns aufgemuntert, noch weitere Ersparnisse im Etat durchzusetzen. Mein Suchen nach Ersparnissen ist aber nur von geringerm Erfolge gewesen. Wir können doch nicht noch weiter die nothwendigsten Ausgaben beschneiden. Ebenso wenig können wir damit einverstanden sein, daß die Staatsbehörden Ersparnisse machen durch Herabdrücken der Löhne. Für die katholische Kirche und für die Geistlichen wird leider in dem Etat zu wenig gethan. Wir wollten zwar lieber keine Staatshilfe, da wir uns in jeder Beziehung unsere Freiheit wahren wollen, aber wir sind genöthigt, von zwei Uebeln das kleinste zu wählen, und nachdem die Güter der katholischen Kirche im vorigen und in diesem Jahrhundert säkularisirt worden sind, ist es Pflicht des Staates, die Mittel für Abhilfe der kirchlichen Nothstände herzugeben. Bedauerlich ist, daß auch die Aufbesserung der Beamten einen Stillstand erleidet, allerdings ist eine solche Aufbesserung angesichts unserer Finanzlage unmöglich. Man hofft, befriedigendere Resultate zu erzielen, indem man durch gesetzgeberische Maßnahmen die Schwankungen beseitigt, die aus den wechselnden Einnahmen der Betriebsverwaltungen folgen. Ich fürchte, daß das nicht gelingen wird, daß solche gesetzgeberische Einrichtungen zu nichts führen werden. Eines aber können wir thun, regelmäßige jährliche Schuldentilgungen einzuführen. Ich schließe mit der Hoffnung des Ministers, daß die wirthschaftlichen Verhältnisse sich bald bessern werden und daß demzufolge die Unzufriedenheit in den weiteren Schichten schwindet. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Frhr. **v. Minnigerode**-Rossitten (kons.): Das Defizit hat nicht bloß seinen Grund in den Mindererträgen der Betriebsverwaltungen, sondern auch aus den gesteigerten Ansprüchen der Verwaltungen Preußens und des Reichs, aus der Nothwendigkeit, immer mehr Schulden zu kontrahiren, welche erhöhte Zinsenausgaben zur Folge haben. Die Ueberschüsse aus der Einkommensteuer werden nicht zur Schuldentilgung verwandt, wie Abg. von Strombeck meint, sondern sie bleiben thesaurirt, und dem Hause bleibt es vorbehalten, über die Verwendung besondere Schlüsse zu fassen. Größere Ersparnisse am Etat werden wir nicht machen können, das Extraordinarium ist schon an sich in hohem Maße beschränkt gegenüber den früheren Jahren. Mit der Vermehrung der Lotterielose wird sich die Kommission eingehend zu beschäftigen haben. Wir sind keine Freunde der Lotterie, aber wir müssen uns dem Zwange fügen und das ausgesprochene Bedürfniß nach Lotterien am besten durch Staatslotterien befriedigen. Die Mehrausgaben im Justiz- und Kultusetat halten wir für durchaus berechtigt, da es sich um absolut nothwendige Ausgaben handelt. Auch den Ausgaben, die durch das Polizeikostengesetz entstehen, namentlich durch die Uebernahme des Nachtwachtwesens auf den Staat, stimmen wir zu, und wir schrecken vor den in dieser Beziehung geltend gemachten Forderungen nicht zurück. Mit Bedauern erfüllt es uns,

daß die Aufbesserung der Beamten nicht vorwärts geht, wir begrüßen es aber mit Freuden, daß 3546 etatsmäßige Beamtenstellen neu geschaffen wurden, da auch diese Maßregel segensreich und wohlthätig wirken wird. Von großem volkswirthschaftlichem Interesse waren die Andeutungen des Finanzministers über die Verwendung des Erlöses von Domänen der westlichen Provinzen. Wir nehmen an, daß die Regierung beabsichtigt, mit dem Verkauf der Domänen des Westens möglichst schnell vorzugehen, da sie sonst ja ihre Absicht nicht erreichen würde, wenn der Erlös keinen Betrag über 800 000 Mark ergiebt. Mit diesem Grundsatze stellt sich die Regierung auf denselben Standpunkt, den sie bezüglich des Rentengütergesetzes eingenommen hat. Das letztere hat wesentlich günstig gewirkt und wird auch fernerhin von wohlthätigem Einfluß sein. Der Rückgang der Eisenbahnergebnisse ist nicht bloß auf die wirthschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen, sondern auch auf die Vertheuerung des Betriebes hinsichtlich des Personals und Materials. Bei einer solchen Vertheuerung wird man für die Zukunft sich der Möglichkeit nicht verschließen können, die Personenfahrpreise zu erhöhen. Ich weiß, daß ich damit etwas sage, was manchem nicht angenehm ist. Herr Rickert hatte immer mit Rücksicht auf die Ueberschüsse der Eisenbahnen eine Reform der Tarife befürwortet, als aber im Jahre 1892/93 die Eisenbahnen eine Verminderung der Einnahmen zeigten, da polimisirte er gegen die Verstaatlichung der Eisenbahnen. So leicht machte er sich seine Kritik gegen die Eisenbahnen. Wir befürworten, daß in günstigen Jahren Reserven aus den Ueberschüssen zurückgelegt werden. Was die Bergwerksverwaltung anbetrifft, so ist das Interessanteste daran der Streik der Bergarbeiter. Gegenüber anderen Ansichten muß ich aber hervorheben, daß die Regierung die Pflicht hat, ihre Autorität energisch zu wahren, um so mehr, als der Streik an der Saar ein schlechter Dank für die Wohlthaten des Staates ist. Sparsam werden wir sein müssen, namentlich bezüglich der Aufnahme von Schulden, damit wir nicht von den internationalen Geldmächten abhängig werden, die mehr wie jeder andere Faktor die Entscheidung über Krieg und Frieden hat. Namentlich werden wir eine Verminderung der Matrikularbeiträge anstreben müssen. Das kann aber nur geschehen, indem man die indirekten Steuern als Steuerquelle in höherem Maße als bisher ausnutzt. Es muß ein festeres Verhältniß zwischen Reich und Einzelstaaten herbeigeführt werden, und zwar ist dazu vor Allem nothwendig, daß dem Reichsschatzsekretär eine größere Machtfülle gegeben wird. Hinderlich steht hier im Wege die Trennung des Postens des preußischen Minister-Präsidenten von dem des Reichskanzlers, da er den Kontakt zwischen den Organen des Reichs und des Einzelstaates Preußen lockert. Der erstrebenswertheste Zustand wäre es, wenn der preußische Finanzminister zugleich Reichsschatzsekretär wäre. Trotz der leidigen Finanzlage Preußens wird doch der Bau von Sekundärbahnen im Interesse der schlechter gestellten Gegenden nicht vernachlässigt werden dürfen. Diese Gegenden sind die ackerbautreibenden, die sich heute trotz der guten Ernte in einem Nothstande befinden. Der Preis des Getreides ist unerhört billig geworden, aber das Brot ist nicht wesentlich größer. Was nützt dem Bauer da eine reiche Ernte? Wo bleibt bei solchen Preisen seine Kaufkraft? Man stellt es immer so dar, als ob ganz Deutschland aus Konsumenten bestehe. Das ist doch aber nicht wahr. Die Landbevölkerung befindet sich in einem Nothstande. Was nützen billige Brotpreise? Man kann bei den billigsten Brotpreisen verhungern. Die Landwirthschaft muß beruhigt werden, sind schon die vorangegangenen Handelsverträge ein Unglück für die Landwirthschaft, so werden weitere Verträge sie verderben. Der Geldumlauf, der für den Staat dasselbe ist, wie der Blutumlauf für den Körper, hat dadurch abgenommen. Das Gleichgewicht zwischen Industrie und Landwirthschaft muß erhalten werden, es wäre ein nationales Unglück, wenn Preußen einseitig sich zu einem Industriestaat entwickeln würde. Ein russischer Handelsvertrag würde Deutschland zum Seuchenheerd machen und den russischen Handel, die russische Landwirthschaft, die russischen Finanzen stärken, uns aber in jeder Beziehung schädigen. Die Gegner der Landwirthschaft wollen nun sogar bezüglich der Branntweinsteuer den Differenzsatz von 20 M. aufheben. Das würde den Kartoffelbau ruiniren. So hoch talentirte Literaten, die den Landwirthen den Rath geben, Rüben zu bauen anstatt Kartoffeln, sollte man vor die Egge spannen, um das Land eimal selber zu bebauen. Nachgiebigkeit gegen solche Forderungen ist nicht am Platz. Feste Hand im Großen und im Kleinen ist geboten. (Beifall rechts.)

Inzwischen ist ein Antrag Francke-Rickert-Lieber eingelaufen, wonach die Budgetkommission zur Berathung des Eisenbahnetats um 7 Mitglieder verstärkt werden soll.

Abg. Dr. **Lieber** (Ztr.): Wir haben den Handelsverträgen zugestimmt aus politischen Gründen, ferner, weil wir darin einen Ausgleich verschiedenartiger sich bekämpfender Interessen erblickten und endlich, um durch eine Festlegung der Zölle auf 12 Jahre zu verhindern, daß der Landwirthschaft in Folge von Agitationen jeder Schutz genommen wird. Ich sehe unsere Finanzlage noch trüber an als der Finanzminister. Man wird sich in der Kommission eingehend mit der Frage zu beschäftigen haben, ob nicht der Voranschlag für 1893/94 noch viel zu günstig ist, denn die Erfahrungen der letzten Jahre berechtigen zu einer solchen Vermuthung. Aber die Ersparnißsucht darf nicht dazu führen, die Gehälter der Eisenbahnbeamten herabzudrücken und überhaupt im Eisenbahnbetriebe eine solche Beschränkung eintreten zu lassen, daß dadurch ein gesunder Betrieb gefährdet wird. Der Minister hofft auf eine Verbesserung der Einnahmen, aber wie wird das werden, wenn die Cholera mit erneuter Gewalt ausbricht? Was die Vermehrung der Lotterieloose anbetrifft, so können wir uns dagegen nicht verschließen, da in den Nachbarstaaten die Zahl der Loose vermehrt wird. Meine rückhaltlose Zustimmung muß ich zur Vermehrung der Richterstellen im Justizetat erklären. Hier wird eine Forderung erfüllt, deren Nothwendigkeit von allen Seiten oft genug betont worden ist. Dagegen kann ich mich mit der Absicht der Regierung nicht einverstanden erklären, den Erlös aus Domänenverkäufen im Westen für Meliorationen und Aufforstungen im Osten zu verwenden. Warum soll der Westen gerade benachtheiligt werden? Der Frage, die Finanzen von den Eisenbahneinnahmen unabhängiger zu gestalten, werden wir doch einmal näher treten müssen. Zunächst werden wir dahin kommen müssen, aus den Eisenbahn-Einnahmen auch Schulden in gewisser Höhe zu tilgen und einen Reservefonds anzulegen, aus dem die außerordentlichen Betriebsausgaben gedeckt werden sollen; Schulden dürfen für solche Zwecke fernerhin nicht gemacht werden. Begierig bin ich jedoch, wie man das Verhältniß zwischen Reich und Einzelstaaten so regeln will, daß die Finanzen beider von einander unabhängiger werden. Die bisher gemachten Vorschläge sind nicht geeignet ein so gutes Verhältniß herbeizuführen. Der Finanzminister hat uns ermahnt, Ersparnisse zu machen. Wenn wir aber sehen, wie bei der Berathung der Sekundärbahn-Vorlage drei Tage lang die Abgeordneten den Minister um neue Ausgaben bestürmen, so ist das ein erbarmungswürdiger Anblick. Ich hoffe, daß ein solcher Anblick uns für die Zukunft verschont bleiben wird. Bei dan Konservativen scheint die Ermahnung des Ministers, sparsam zu sein, spurlos vorübergegangen zu sein, da sie ja beantragen, den Bau von Sekundärbahnen in bisheriger Weise fortzusetzen. Auf einen Zwischenruf „Militärkommission“ meinte der Finanzminister, Ausgaben für die Landesvertheidigung seien nothwendig und die Herren von der Rechten begleiteten diese Aeußerung mit Beifall. Wenn nun der Reichstag die Militärvorlage, sei es ganz oder in der von uns vorgeschlagenen Abgrenzung, annimmt und die Kosten dafür durch erhöhte Matrikularbeiträge aufbringen will, so möchte ich sehen, wer da von Ihnen noch Bravo schreit! Aus anderer Leute Leder Riemen zu schneiden, ist sehr leicht. Wenn es abee aus Ihrem Säckel geht, so werden Sie nicht so bereitwillig sein. Preußen ist aber gezwungen, seine Einnahmen zu erhöhen, und das erste Ansetzen der Schraube bedeutet die Steuerreform. Diejenigen täuschen sich sehr, die meinen, daß die Steuerreform nur eine gerechte Vertheilung der Lasten zur Voraussetzung und zur Folge habe, nein, Zweck und Folge ist die Vermehrung der Einnahmen. Die geringen Erleichterungen, die die Reform bringt, werden bald verloren gehen, wenn nur erst die Kommunalverbände dazu übergegangen sind, das System der Ertragssteuern auszubilden. Man soll also nicht so viel Janitscharenmusik von der Steuerreform machen.

Finanzminister **Dr. Miquel:** Der Vorredner wollte wohl mit seinen Aeußerungen über die Steuerreform den Leuten graulich machen. Ich will nicht darüber streiten, daß nicht in der Zukunft die Steuern werden vermehrt werden müssen. Wenn aber dieser Fall eintritt, was wirkt dann drückender, eine erhöhte Steuer mit ungleicher und ungerechter, oder mit gleicher und gerechter Vertheilung der Steuerlasten? Die letztere herbeizuführen ist einzig Zweck der Reform, nicht aber die Erhöhung der Einnahmen.

Abg. **Dr. Enneccerus** (nl.): Frhr. von Minnigerode hat einen Gegensatz zwischen Industrie und Landwirthschaft aufgestellt, ohne zu bedenken, daß die Industrie jetzt leidet, während der Ertrag der Landwirthschaft nicht ausreicht zur Ernährung der Bevölkerung. Wie kann man da einen kommenden Handelsvertrag, der auch die leidende Industrie berücksichtigt, ungesehen verwerfen? Herr Lieber scheint seine Zustimmung zu der Militärvorlage von der Beantwortung der Deckungsfrage abhängig zu machen. Ich meine, solche Fragen müssen ohne jede andere Rücksicht behandelt werden. Alle Parteien sind doch darüber einig, daß das, was für die Sicherheit des Landes nothwendig ist, ohne Bedenken bewilligt werden muß. Die Ansicht des Herrn Lieber, daß die Folgezeit eine Erhöhung der Steuern nothwendig machen werde, kann ich nicht theilen. Das Defizit ist nicht die Folge absolut schlechter Betriebsergebnisse, sondern nur die Folge des Umstandes, daß unsere gesammten Staatsausgaben auf den Betriebseinnahmen beruhen. Würde man von diesen Einnahmen nur die Betriebsausgaben der Eisenbahnen decken, so würde sich ein Ueberschuß von 122,9 Millionen ergeben. Das ist ein richtiges Moment für die Beurtheilung der Kreditfähigkeit unseres Landes. Der gegenwärtige Augenblick ist am geeignetsten für eine strenge Scheidung der Reichsfinanzen von den Finanzen der Einzelstaaten. Ein Mittel zu dieser Scheidung wird sich schon finden, denn wo ein Wille, ist ein Weg. Die heutigen Zustände sind aber unerträglich, denn jede Aenderung in den Steuerverhältnissen des Reiches zeigt ihre erschütternde Wirkung in Preußen. Was aber die Finanzpolitik Preußens selber betrifft, so würde zunächst eine andere Verwendung der Eisenbahnüberschüsse erfolgen müssen. Die Ueberschüsse aus guten Jahren müssen zur Deckung von Bedürfnissen in schlechten Jahren verwendet werden. Dazu ist nöthig die Festsetzung einer Maximalhöhe für die Summe, welche aus den Betriebsergebnissen der Eisenbahneinnahmen für allgemeine Staatszwecke ausgegeben werden darf. Daß eine Summe für Schuldentilgung in diesen Etat eingestellt ist, halte ich für richtig, denn man darf auch in schlechten Zeiten mit der Schuldenabzahlung nicht innehalten. Das Bild, das der Etat giebt, ist ja kein erfreuliches, aber das kann ich nicht zugeben, daß der Voranschlag nicht vorsichtig genug gemacht ist. Wir haben keinen Grund, uns pessimistischen Befürchtungen hinzugeben. Der Etat weist hauptsächlich deswegen ein finanziell ungünstiges Resultat auf, weil wir in den letzten Jahren die Versäumnisse früherer Jahre gut gemacht und Ausgaben für Zwecke beschlossen haben, die früher vernachlässigt worden sind. Wir haben z. B. den Normaletat im Interesse der Lehrer eingeführt. Warum hat aber die Regierung nur ein Drittel der dafür ausgeworfenen Summe ausgegeben? Sparsamkeit muß allerdings geübt werden, aber gewisse Ausgaben werden doch gemacht werden müssen. Der Bau von Sekundärbahnen darf nicht eingestellt werden, denn das hieße, Preußen einen großen wirthschaftlichen Schaden zufügen. Das Kleinbahnengesetz wird nicht in so kurzer Zeit seine Wirkung ausüben, daß der Bau von Sekundärbahnen überflüssig würde. Ich bitte mit Rücksicht auf den Eisenbahnetat den Antrag Lieber-Francke-Rickert anzunehmen.

Abg. **Kieschke** (lib. bei keiner Fraktion): Es wäre wünschenswerth, wenn die Budgetkommission einen eingehenden Bericht über die Finanzlage Preußens ausarbeitete. Wir müssen authentische Klarheit darüber haben. Ich glaube nicht, daß die Lage sich in absehbarer Zeit bessern wird, der Niedergang der wirthschaftlichen Verhältnisse ist so groß, daß eine Besserung sobald gar nicht möglich ist. Wir sind noch gar nicht an der Grenze der Besteuerung angelangt. Die Ausgaben werden sich erhöhen, und damit wird eine Erhöhung der Einnahmen geboten. Da wir aber nur auf geringe Einnahmequellen angewiesen sind, so werden wir schließlich nichts anderes thun können, als die Einkommensteuer nach englischem Muster auszugestalten. Die Einnahmen der einzelnen Etats werden zurückgehen, so bei der Justizverwaltung, bei der die Gerichtskosten werden herabgesetzt werden müssen, und eine Erhöhung der Einnahmen aus der Bergwerksverwaltung ist nach Lage der Verhältnisse auf dem Weltmarkt nicht wahrscheinlich. Man wird also auf die Erhöhung der Einnahmen durch die Steuerreform rechnen müssen, und der Finanzminister dürfte wohl der einzige sein, der sich der Hoffnung entschlägt, daß die Reform einen höheren Betrag ergeben werde. (Heiterkeit.) Woher will man denn die nothwendigen Ausgaben für die Entschädigungen wegen der Aufhebung der Stolgebühren nehmen? Woher die Ausgaben für Aufbesserung der Schullehrer, deren Nothstand hier nicht schwarz genug geschildert werden kann? Woher die Ausgaben für Aufbesserung der Beamten? Deckung für diese Ausgaben werden wir bloß in der Erhöhung der direkten Steuern finden. Der Finanzminister verlangt Sparsamkeit. Aber da finde ich im Etat eine Forderung für ein Regierungsgebäude in Osnabrück von $1\frac{1}{2}$ Millionen. Würde der Finanzminister nicht geneigt sein, seine ja leicht begreifliche Zuneigung für Osnabrück auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen? (Heiterkeit.) Wir haben uns heute daran gewöhnt, mit hunderten und tausenden von Millionen zu rechnen, weil uns in den siebziger Jahren die vielen Millionen ins Auge stachen. Aber die Verhältnisse liegen doch heute anders. Freilich, man beruft sich auf unsere Kreditfähigkeit mit Rücksicht auf den ungeheueren Eisenbahnbesitz. Was sind denn unsere Eisenbahnen werth? Wer kauft sie uns denn ab? Man vergleicht, um sich zu trösten, unsere Verhältnisse mit denen der Nachbarstaaten. Das ist aber ein schlechter Trost, wenn einer, der in Zahlungsstockung geräth, sich auf seinen Nachbar beruft, der bankerott ist. Wir haben alle Ursache, uns den Ernst der Lage vor Augen zu halten.

Das Haus vertagt darauf die Weiterberathung auf Mittwoch 11 Uhr. Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

□ **Berlin,** 17. Jan. Für die Etatsdebatte im preußischen Abgeordnetenhause hat sich in den letzten Jahren, unter dem Druck fortdauernder Defizits und unter dem verstimmenden Einfluß der Staatsbahnverwaltung auf diese unerfreuliche Finanzlage, eine Art von Schema herausgebildet. Es sind immer dieselben Klagen, die man hört, es ist immer dasselbe Bedauern, daß bei der großen Verstaatlichungsaktion nicht besser für konstitutionell-finanzielle Garantien gesorgt wurde, und regelmäßig auch wird seit mehreren Jahren die Forderung laut, daß die Staatsbahnverwaltung von der allgemeinen Finanzverwaltung losgelöst werden möge. Aber wie man der Katze die Schellen anhängen soll, das hat bisher noch Keiner herausgebracht. Auch der Finanzminister nicht. Und wenn solche Wünsche laut werden, dann sitzt Herr Thielen mit der ruhigen Sicherheit eines Mannes dabei, der ein gewaltiges Reich beherrscht und am besten weiß, welches Schwergewicht eine solche enorme Verwaltung besitzt. In der heute begonnenen Etatsdebatte schlug Herr von Minnigerode ganz besonders hohe Töne an. Mit gebietender Miene entrollte er ein stattliches Bündel agrarisch-konservativer Forderungen. Die eine davon wird leider, wie man befürchten muß, Herrn Thielen angenehm geklungen haben. Der konservative Redner wünschte eine Erhöhung der Personentarife. Er denkt dabei wohl zumeist an die Einschränkung der Sachsengängerei, aber auf diesem Gebiete schon hat der Eisenbahnminister früher ein allzu großes Entgegenkommen gezeigt, und von der Verbilligung des Verkehrs ist er auch sonst kein Freund. Gegenstand besonderen Verdrusses für Herrn v. Minnigerode ist die Aussicht auf die Möglichkeit eines Handelsvertrages mit Rußland. „Wer will innerhalb der produzirenden Stände überhaupt noch die Handelsverträge?“ rief der Redner aus, und die ganze Rechte sekundirte mit einem tiefsinnigen: Sehr wahr! Herrn v. Minnigerode wird auf die eigenthümlichen Vorstellungen, die er sich vom Verhältniß zwischen der Landwirthschaft und den anderen Erwerbsklassen macht, morgen hoffentlich geantwortet werden.

— Im hannoverschen Welfenprozeß sind die Verhandlungen beendet. Das Urtheil wird am nächsten Montag verkündet werden.

— Die gestrige Mittheilung, daß der Oberbürgermeister Dr. v. Fischer (Augsburg) an der konstituirenden Versammlung der „Nationalpartei“ Theil genommen habe, beruht auf einem Irrthum. Herr v. Fischer war durch Unwohlsein verhindert, zu erscheinen.

Köln, 17. Jan. In Wanne wurde gestern unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Studt eine Berathung mit den Regierungspräsidenten von Arnsberg, Düsseldorf und Münster, sowie den Landräthen und den Oberbürgermeistern aus den betheiligten Kreisen über die Ausstandsbewegung abgehalten. Die Lage wird noch immer für ernst angesehen, die erforderlichen Maßregeln werden angeordnet. Auf 30 Zechen der genannten Bezirke sind insgesammt noch 9745 Mann ausständig.

Essen a. d. Ruhr, 17. Jan. Die nominelle Zahl der Streikenden von gestern Mittag bis heute früh betrug 9775 Mann, 1180 Mann weniger als gestern. Die wirkliche Zahl der Streikenden dürfte jedoch noch geringer sein, weil der obigen Berechnung die frühere Sollziffer der Belegschaften zu Grunde gelegt ist, welche durch die Abkehr sehr vermindert ist. Neu in den Ausstand getreten sind die Belegschaften der Zechen „Shamrock“ und „Friedrich der Große.“ — Der Streikführer Bunte ist aus dem Gefängniß in das Krankenhaus übergeführt worden.

Essen a. d. Ruhr, 17. Jan. In einer heute hier abgehaltenen Versammlung, welche von etwa 500 Bergarbeitern besucht war, wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, den Streik fortzusetzen. Ein Redner sprach gegen die Fortsetzung des Streiks.

L. C. **Aus Baden,** 16. Jan., wird uns geschrieben: Der rührige engere Ausschuß der freisinnigen und demokratischen Partei hat beschlossen, sofortige Vorkehrungen für Aufstellung von Kandidaten der Parteien in allen 14 Wahlkreisen zu treffen und man ist überall daran, sich über die Kandidatenwahlen schlüssig zu machen. In der Agitation wäre ohnehin, auch wenn keine Reichstagsauflösung in Sicht gekommen wäre, unermüdlich fortgefahren worden, da es gilt, im Herbst bei den Landtagswahlen die herrschende Parteirichtung lahm zu legen. Die Anzeichen mehren sich, daß innerhalb der Nationalliberalen die Einsicht über ihre Fehler und Unterlassungen zum Durchbruch kommt und wie der ehemalige Abg. Bär seiner Zeit, so kommen auch wieder Andere zum Wort, die niemals mit der Bismarck-Politik sans phrase innerlich einverstanden waren. Es kommen jedoch auch Annäherungsversuche an die linksstehenden Liberalen aus nationalliberalen Reihen, die der Furcht entspringen, im Herbst relativ ähnliche Niederlagen zu erleben, wie man sie im Februar 1890 erlebte. Wenn freilich der alte nationalliberale Führer Eckhardt in Mannheim mit den Linksstehenden zu verhandeln empfiehlt, so entspringt dies nur theilweise solcher Furcht, mehr vielleicht der Furcht vor Jesuiten und anderen Ordensbrüdern; ganz besonders aber wohl rein lokalen Verhältnissen Mannheims, wo man die Freisinnigen von den Demokraten trennen möchte, um sie als Vorspann zu benutzen, ohne ihrem Programme entgegen zu kommen.

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. **Berlin,** 17. Jan. Im Abgeordnetenhause beantragen Zentrum, Nationalliberale und Freisinnige (Dr. Lieber, Franke-Tondern, Rickert) die Budgetkommission zur Vorberathung des Eisenbahnetats um 7 Mitglieder zu verstärken.

L. C. **Berlin,** 17. Jan. Eine gesetzliche Regelung des Zeitungsabonnements durch die Post stellte Staatssekretär v. Stephan in der heutigen Sitzung der Budgetkommission für die nächste Reichstagssession in Aussicht. Auf Antrag des Abg. Dr. Buhl wurde beschlossen, den Reichskanzler zu ersuchen, das System der Dienstalterszulagen auf die Post- und Telegraphenbeamten ohne Schädigung der Interessen derselben auszudehnen. Sollte das geschehen, erklärte der Direktor Aschenborn (Reichsschatzamt), so müßte das System der Dienstalterszulagen auch auf die Eisenbahnbeamten ausgedehnt werden, die doch einen viel schwereren Dienst hätten. Gegen die Andeutung Singer, als verfahre die Verwaltung bei Gewährung der Zulagen nach Willkür, protestirte Staatssekretär v. Stephan lebhaft und sprach von Gerechtigkeit, Milde nnd Wohlwollen; blieb aber auf die Frage, wie sich diese Grundsätze z. B. mit dem Verfahren gegen den Postassistentenverband seitens der Oberpostdirektion Düsseldorf vertragen, die Antwort schuldig. Vorläufig sei — Bericht eingefordert.

Telegraphische Nachrichten.

Görlitz, 17. Jan. Ruhmeshallen-Lotterie: Hauptgewinn 20 000 Mark fiel auf Nummer 73 902 Ser. II.! 3000 Mark auf Nr. 251 488 Ser. IV., je 2000 Mk. auf

Nr. 87 327 Ser. II., Nr. 126 741 Ser. V., 1000 Mk. auf Nr. 87 004 Ser. V.

Wiesbaden, 17. Jan. Das Rheineis steht von der Loreley bis nach Mainz fest.

Hamburg, 17. Jan. Der Bürgerschaft ist ein Antrag des Senates zugegangen auf Nachbewilligung von 2 300 000 Mark für eine centrale Sandfiltration, da die ursprünglich dafür bewilligten 6 726 000 Mark nicht ausreichen.

Wien, 17. Jan. [Abgeordnetenhaus.] Von der Regierung wurde eine zwischen Oesterreich-Ungarn und Schweden-Norwegen ausgetauschte Erklärung vorgelegt, betreffend die Abänderung des Handels- und Schifffahrtsvertrages.

Der Abgeordnete v. Plener machte dem Klub der Linken vertrauliche Mittheilungen über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen mit der Regierung. Ein endgiltiger Beschluß ist der Entscheidung des Klubs vorbehalten.

Petersburg, 17. Jan. Das Minister-Komitee hat heute dem Berliner Holz-Comptoir, Aktien-Gesellschaft, die Konzession ertheilt, in Rußland mit Ausschluß Polens, Geschäfte zu betreiben.

Petersburg, 17. Jan. Dem „Regierungsboten" zufolge sind dem Emir von Buchara, welcher hier eingetroffen ist, die Brillant-Insignien zu dem Alexander-Newski-Orden verliehen worden. Der Emir empfing gleichzeitig ein Handschreiben des Kaisers, in welchem seiner Verdienste um die Erhaltung guter Beziehungen der Bucharen zu Rußland gedacht wird. Der Emir wird in dem Handschreiben mit „Durchlaucht" angeredet, wodurch die Frage wegen der Titulation desselben erledigt ist. — Der Kaiser und die Kaiserin empfingen gestern den Emir mit seinem Sohne und Gefolge und nahmen die Geschenke entgegen, welche der Emir orientalischer Sitte gemäß den Majestäten dargebracht hat.

Der „Regierungsbote" veröffentlicht die Antwort des Kaisers auf die Neujahrsglückwünsche der Stadt Moskau. In derselben heißt es: „Möge Gott unser Gebet erhören, daß dieses Jahr, ein Jahr des Friedens und des Wohlergehens Rußlands werde."

Kopenhagen, 17. Jan. Sämmtliche hiesigen Blätter betonen im Anschlusse an die gestrigen Aeußerungen des Ministers des Auswärtigen die Nothwendigkeit, unter allen Umständen die Neutralität Dänemarks aufrechtzuhalten.

Stockholm, 17. Jan. Der Reichstag ist heute wieder zusammengetreten; der König ernannte den Staatsrath von Ehrenheim zum Präsidenten der ersten Kammer und den Dr. phil. Herslow (Chefredakteur des Sydsvenska Dagbladet) zum Präsidenten der zweiten Kammer. Die Thronrede wird morgen verlesen werden.

Genf, 17. Jan. Gestern Abend machte der Ingenieur Chappuis in Gegenwart der Vertreter der hiesigen Bankhäuser eingehende Mittheilungen über das Projekt des Lausanner Bankier Masson betreffend den Simplon-Durchstich. Die Bahn würde nach dem System Riggenbach als Zahnradbahn ausgeführt werden unter Benutzung von Elektrizität als Triebkraft statt des Dampfes, die Kosten würden sich auf 40 Mill. Frcs. belaufen, die Ausführung würde 4 Jahre in Anspruch nehmen. Das Projekt wurde sehr günstig aufgenommen. Wie verlautet, würden die Genfer Bankiers, welche zusammen 100 000 Stück Jura-Simplon-Aktien besitzen, einen größeren Theil des Kapitals zeichnen.

Rom, 17. Jan. Bei dem gestern früh abgehaltenen geheimen Konsistorium ernannte der Papst zu Kardinälen die Monsignori: Persico, Sekretär der Propaganda, Mocenni, Unterstaatssekretär, Di Pietro, Nuntius in Madrid, Galimberti, Nuntius in Wien, Malagola, Erzbischof von Fermo, Guarino, Erzbischof von Messina, Thomas, Erzbischof von Rouen, Meignan, Erzbischof von Tours, Krementz, Erzbischof von Köln, Kopp, Fürst-Erzbischof von Breslau, Vaszary, Primas von Ungarn, Sanz y Fores, Erzbischof von Sevilla, Vaughan, Erzbischof von Westminster und Longue, Primas von Irland. — Hierauf präkonisirte der Papst zwanzig Titulare verschiedener Metropolitan-Episkopal- und Kathedral-Kirchen, unter anderen Kardinal Vanutelli von der Metropolitan-Kirche zu Bologna, Fürstbischof Theodor Kohn von Olmütz, Fortunato Vinelli zu Rom, Eugène Clari, amerikan. Bischof, Davide Camilli zu Fiesole, Pierre Zambulini Patadini zu Rom, Kardinal Zigliara zu Frascati und Serafino Cretoni zu Damaskus. Im öffentlichen Konsistorium am 19. d. Mts. wird der Papst eine weitere Anzahl Erzbischöfe und Bischöfe präkonisiren.

Paris, 17. Jan. Gegenüber anderweitigen Blättermeldungen wird von unterrichteter Seite konstatirt, daß die von dem österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Hoyos in der Angelegenheit des ausgewiesenen Korrespondenten des „Budapesti Hirlap", Seleki, bisher unternommenen Schritte nur informatorischer Natur waren und an kompetenter Stelle in entgegenkommendster Weise aufgenommen wurden (!)

Paris, 17. Jan. Im heutigen Ministerrathe theilte der Justizminister Bourgeois den Wortlaut des Gesetzentwurfs mit, nach welchem Beleidigungen der fremden Staatsoberhäupter und der beim Präsidenten der Republik beglaubigten diplomatischen Vertreter den Zuchtpolizeigerichten zur Aburtheilung überwiesen werden sollen. Der Gesetzentwurf wird noch heute im Senate eingebracht werden.

Paris, 17. Jan. Der Justizminister Bourgeois legte dem Senat einen Gesetzentwurf vor, nach welchem die durch die Presse begangenen Beleidigungen fremder Monarchen und Botschafter den Zuchtpolizeigerichten zur Aburtheilung überwiesen werden sollen.

Paris, 17. Jan. Der Senat nahm vor dem Schlusse der Sitzung den Bericht Trarieux entgegen, in welchem die Annahme der von dem Justizminister Bourgeois eingebrachten Novelle zum Preßgesetz empfohlen wird. Die Dringlichkeit wurde beschlossen und die Berathung auf Donnerstag festgesetzt.

Cassagnac übersandte heute dem Deputirten Dupuy-Dutemps, welcher ihn beschuldigt hatte, Panamageld empfangen zu haben, seine Zeugen.

Der Unterstaatssekretär für die Kolonien Jamais hat seinen Abschied eingereicht.

In parlamentarischen Kreisen wird die Thatsache viel besprochen, daß Freycinet, welcher in die Militär-Kommission des Senates gewählt wurde, diese Wahl abgelehnt hat.

Paris, 17. Jan. (Deputirtenkammer.) Zur Berathung steht der Gesetzentwurf, wonach die Ausgabe der Billets der Banque de France um 500 Millionen erhöht werden soll. Pelletan hob mißbilligend hervor, daß die Bank selbst die gegenwärtige Krise geschaffen habe, die Bank gehöre großen Geldmännern, welche möglicher Weise gegenwärtig eine Operation vorbereiteten. Es wäre unklug, den Gesetzentwurf zu genehmigen. Tirard erwiderte, die Grenze der Ausgabe von Billets sei erreicht; hieraus folge eine Beschränkung für den Handel. Die Bank sei gezwungen, die Goldreserve, welche das Unterpfand Frankreichs für seine Sicherheit sei, anzugreifen. Hierauf wurde der Gesetzentwurf mit 347 gegen 118 Stimmen angenommen.

Die Deputirtenkammer nahm mit 226 gegen 217 Stimmen den Zusatzartikel zu dem Gesetzentwurfe über die Ausgabe von Billets der Banque de France an. Danach soll der Goldvorrath der Bank niemals weniger als 1½ Milliarden betragen

Paris, 17. Jan. Die Panama-Untersuchungs-Kommission hat, wie die Morgenblätter berichten, aus ihrer Mitte einen Unterausschuß ernannt, welcher die Angelegenheit bezüglich der Einführung der Luftdruckbremse Wenger, deretwegen die bekannten Angriffe gegen Freycinet erfolgten, genauer prüfen soll. Das „Journal des Débats" bemerkt zu den Erklärungen des Justizministers in der gestrigen Kammersitzung, die bevorzugte Lage, deren Cornelius Herz sich seit Beginn der Panama-Angelegenheit erfreuen durfte, habe Erstaunen und Mißtrauen erweckt. Dieser unliebsame Eindruck werde gewiß nicht verwischt werden, falls es Herz gelingen sollte, sich Dank des von Bourgeois gestern angedeuteten langsamen Verfahrens gleich Arton dem Arme der Gerechtigkeit zu entziehen.

Paris, 17. Jan. Dem „Petit Journal" zufolge würde der Untersuchungsrichter Franqueville in Folge des Ergebnisses des gestrigen Verhörs von Charles von Lessep, heute weitere zehn Deputirte vorladen lassen, welche bisher in der Panama-Affaire noch nicht beschuldigt waren.

Paris, 17. Jan. Die Gerichtsverhandlung betreffend die Panama-Angelegenheit wurde heute Mittag 12½ Uhr eröffnet. Der Zudrang des Publikums war ein wenig zahlreicher. Der Generalstaatsanwalt Rau begann sein Plaidoyer, in welchem er betonte, daß die Angeklagten ihre Unschuld nicht zu beweisen vermochten; er sehe sich daher genöthigt, gegen alle Angeklagten, Ferdinand von Lesseps einbegriffen, trotz ihres früheren Ruhmes ein sie entehrendes Urtheil, nämlich die Verurtheilung, zu beantragen.

In seinem Plaidoyer erhob der General-Staatsanwalt gegen Ferdinand von Lesseps den Vorwurf, daß er seit Beginn des Panama-Unternehmens mit dem Gelde der Gesellschaft verschwenderisch umgegangen sei und daß er betrügerische Machenschaften angewandt habe, um zur Zeichnung von Obligationen zu verlocken. Ferner wies der Generalstaatsanwalt darauf hin, daß aus dem Gesellschaftsfonds 600 Millionen Francs vergeudet worden seien.

Im weiteren Verlaufe seines Plaidoyers hob der General-Staatsanwalt hervor, daß für die Verwaltung der Panama-Gesellschaft bedeutende Summen aufgewendet seien, daß die Unternehmer und namentlich Eiffel enorme Vortheile aus den Geschäften gezogen hätten. Die Abmachungen Eiffels mit der Gesellschaft hätten allgemeine Ueberraschung hervorgerufen. Schließlich sprach der General-Staatsanwalt von den unter dem Namen „Kosten für die Veröffentlichungen" verborgenen Summen. Hierauf wurde die Verhandlung auf morgen vertagt.

Brüssel, 17. Jan. Die Lootsenbehörde beschloß wegen der Eisanhäufungen im Hafen, daß nur eiserne Dampfschiffe mit weniger als 21 Fuß Tiefgang den Fluß herauffahren dürfen.

Brüssel, 17. Januar. Etwa 250 beschäftigungslose Arbeiter, welche gestern von Gent aus zu Fuß nach Brüssel gekommen waren und während der Nacht in der „Maison du peuple" beherbergt worden, durchzogen heute gruppenweise unter Gesang die Straßen. Acht Delegirte derselben wurden von dem Minister des Innern empfangen, welcher ihnen versprach, Schritte zu thun, um die Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten zu beschleunigen. Vorsichtshalber ist die gesammte Gensdarmerie in der Kaserne konsignirt.

Brüssel, 17. Jan. Die aus Gent hierher gekommenen Arbeitslosen vereinigten sich zu einem Zuge und bewegten sich in der Richtung auf das Kammergebäude; die Polizei verhinderte indessen das weitere Vordringen, da Kundgebungen innerhalb einer gewissen, die Regierungsgebäude umgebenden Zone nicht stattfinden dürfen. Nach Unterhandlung mit dem Führer der Arbeiterpartei, Volders, gestattete der Polizeikommissar einer Abordnung von fünf Arbeitslosen sich in das Kammergebäude zu begeben, wo sie von dem Sekretär und zwei Mitgliedern der Kammer empfangen wurden. Die Deputation überreichte eine Petition, in welcher um Arbeit und Einführung des allgemeinen Stimmrechts gebeten wird. Hierauf wurden die Delegirten von den progressistischen Deputirten empfangen, welche versprachen, die Forderungen der Beschäftigungslosen zu unterstützen. Die Delegation zog sich alsdann zurück; zu irgend welchem Zwischenfalle kam es nicht.

Lissabon, 16. Jan. (Deputirtenkammer.) Der Ministerpräsident Diaz Ferreira legte die Budgetvoranschläge vor. Nach denselben wird der Notenumlauf der Bank von Portugal auf 72 000 Contos Reis erhöht werden. Hinsichtlich der Einstellung der Amortisirung der Tabaksgesellschaft ist keine Vorlage gemacht.

Rive-de-Gier, 17. Jan. Die Arbeiter sämmtlicher Etablissements zur Aufbereitung der Metalle, 1800 an der Zahl, sind ausständig geworden, weil die Arbeitgeber die Bildung eines schiedsgerichtlichen Ausschusses, der alle entstehenden Zwistigkeiten regeln sollte, abgelehnt haben.

London, 17. Jan. Die „Daily News" melden aus Kairo, von den englischen Behörden werde den neuen Ministern bis jetzt die Anerkennung versagt. Allgemein herrsche die Ansicht vor, daß Frankreich und Rußland den Khedive zur Ernennung derselben veranlaßt hätten. — Ein zweiter Berichterstatter der „Daily News" in Kairo weiß zu berichten, die Beziehungen des Khedive zu den englischen Behörden seien seit einigen Tagen gespannte. Der Khedive allein habe die Minister ausgewählt und beharre auf seinem Rechte, dies zu thun, ohne England um Rath zu fragen. Der Khedive habe dadurch an Popularität unter den gebildeten Klassen der Eingeborenen gewonnen und sei entschlossen nicht nachzugeben. — Der „Times" wird aus Kairo berichtet, der Staatsstreich des Khedive sei von besonderer Bedeutung für die Eingeborenen. Die Opposition Englands sei mehr eine prinzipielle als eine auf persönliche Gründe zurückzuführende. Die drei entlassenen Minister hätten die englischen Reformen unterstützt und anerkannt, daß eine zeitweise Leitung Englands für die Autonomie Aegyptens erforderlich sei. Die „Times" macht den Khedive darauf aufmerksam, daß er Gefahr laufe, dasselbe Loos zu finden, wie der Khedive Ismail.

London, 16. Jan. Eine Meldung des „Reuterschen Bureaus" aus Kairo besagt, die eingeborene Bevölkerung scheine von der Wahl der neuen Minister durchaus nicht befriedigt. Die Unzufriedenheit sei eine so große, daß das Dekret über die Ernennung wahrscheinlich noch zurückgehalten werde und daß das Eintreten von Aenderungen hinsichtlich der Kabinetsbildung nicht unwahrscheinlich sei.

London, 17. Jan. Das „Reutersche Bureau" verbreitet ein Telegramm des „New-York Herald" aus Kingston, wonach ein Aufstand gegen den Präsidenten von Haiti, Hippolyte, ausgebrochen sei. Es seien Truppen nach zwei aufständischen Dörfern gesandt worden. In Port au Prince herrsche eine Panik. Es seien daselbst Barrikaden errichtet worden. Bei den daselbst am Sonnabend stattgehabten Wahlen hätten die Truppen die Wähler gezwungen, für die Freunde und Verwandten des Präsidenten Hippolyte zu stimmen. Der Aufstand gewinne an Umfang.

Pittsburg, 16. Jan. Der Prozeß gegen den Vorsteher der Arbeiterschaft in Homestead, Dempsey, und die übrigen der Vergiftung von Arbeitern der Carnegieschen Werke Angeklagten dauert fort. Der Koch Gallahger giebt zu, daß Dempsey ihm und den anderen Köchen ein Pulver gegeben habe, das dazu verwandt worden sei, die Nahrung der Arbeiter zu vergiften.

Belgrad, 17. Jan. Der Professor an der Hochschule Jovan Gjorgjevic ist zum Kultusminister ernannt worden.

Petersburg, 18. Jan. Die Schifffahrt in Reval und Baltischport ist durch Eis gesperrt.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar 1893.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
17. Nachm. 2	754,6	ONO leicht	bedeckt	− 15,7
17. Abends 9	757,0	NO leicht	heiter	− 19,5
18 Morgs. 7	759,8	NNW mäßig	halb heiter	− 19,3

Am 17. Jan. Wärme-Maximum — 11,9° Cels.
Am 17. " Wärme-Minimum — 19,5° "

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Hamburg, 17. Jan. Schwächer.
Gold in Barren pr. Kilo 2788 Br., 2784 Gd.
Silber in Barren pr. Kilo 112,75 Br., 112,25 Gd.

Frankfurt a. M., 17. Jan. (Schlußkurse. Fest.
Lond. Wechsel 20,357, 4proz. Reichsanleihe 107,25, österr. Silberrente 82,80, 4⅕proz. Papierrente 83,00, do. 4proz. Goldrente 98,70 1860er Loose 129,50, 4proz. ung. Goldrente 96,80, Italiener 91,70 1880er Russen 96,30, 3. Orientanl. 66,80, unifiz. Egypter 99,45 konv. Türken 21,00, 4proz. türk. Anl. 85,80, 3proz. port. Anl. 22,20 5proz. serb. Rente 77,60, 5proz. amort. Rumänier 97,30, 5proz konsol. Mexik. 77,50, Böhm. Westbahn 304½, Böhm. Nordb. 160 Franzosen —, Galizier 184⅝, Gotthardbahn 151,40, Lombarden 79, Lübeck-Büchen 139,50, Nordwestbahn 179¾, Kreditaktien 262¼, Darmstädter 135,00, Mitteld. Kredit 96,20, Reichsb. 147,50 Disk.-Kommandit 184,50, Dresdner Bank 140,20, Pariser Wechsel 81,083, Wiener Wechsel 168,80, serbische Tabaksrente 77,40, Bochum. Gußstahl 116,90, Dortmund. Union 56,00, Harpener Bergwerk 128,60, Hibernia 107,70, 4proz. Spanier 61,00, Mainzer 110,20 Berliner Handelsgesellschaft 138,50.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 261⅞, Disk.-Kommandit 184,00, Bochumer —.

Produkten-Kurse.

Danzig, 17. Jan. Getreidemarkt. Weizen loko höher. Umsatz 150 Tonnen, Weizen bunt und hellfarbig 150, do. hellbunt 151,00, do. hochbunt glasig und weiß 153,00, Regulirungspreis zu freiem Verkehr 150, do. p. April-Mai Transit 126 Pfd. 134,00, do. pr. Mai-Juni Transit 126 Pfd. —,—. Roggen loko höher, inländischer per 120 Pfd. 122—124, do. polnischer oder russischer Tansit 104, Regulirungspreis zum freien Verkehr 123, do. Januar Transit —,—, do. pr. April-Mai, Transit 120 Pfd. 108. Gerste große loko 125—134. Gerste kleine loko —. Hafer loko 127. Erbsen loko —. Spiritus per 10 000 Ltr.-Proz. loko kontingentirt 50,00, nicht kontingentirt 30,00. — Wetter: Schön, kalt.

Königsberg, 17. Jan. Getreidemarkt. Weizen unveränd., Roggen höher, loko per 2000 Pfd. Zollgewicht 123. — Gerste unv. Hafer unv., loko per 2000 Pfd. Zollgewicht 125. — Weiße Erbsen p. 2000 Pfd. Zollgewicht unverändert. — Spiritus per 100 Liter 100 Proz. loko 50½, per Jan. 51, per Febr. 50½. — Wetter: Frost.

Köln, 17. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen loko hiesiger 15,75, do. fremder loko 17,25, per März 16,85, per Mai —,—. Roggen hiesiger loko 14,75, fremder loko 15,75, per März 14,75, per Mai —,—. Hafer hiesiger loko 14,75, fremder —,—. Rüböl loko 54,00 per Mai 52,00, per Okt. —. Wetter: Frost.

Bremen, 17. Januar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notir. der Bremer Petroleumbörse.) Faßzollfrei. Fest. Loko 5,45 bez.

Baumwolle. Matt. Upland middl. loko 49 Pf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung per Jan. 48½ Pf., p. Febr. 48¾ Pf., p. März 49 Pf., p. April 49½ Pf., per Mai 49¾ Pf., Juni 50¼ Pf.,

Schmalz. Sehr fest. Shafer — Pf. Wilcox — Pf., Choice Grocery 53 Pf., Armour 53 Pf., Rohe u. Brother (pure) — Pf., Fairbanks 46 Pf.

Speck. Sehr fest. Short clair middl. (schwimmend) 47, Januar-Februar-Abladung short clear middl. 47, long clear middl. 46.

Tabak. 1100 Kisten Seedleaf, 140 Seronen Havannah.

Bremen, 17. Jan. (Kurse des Effekten- und Makler-Vereins 5proz. Nordd. Wollkämmerei- und Kammgarn-Spinnerei-Aktien 160 Br., 5proz. Nordd. Lloyd-Aktien 97½ Gd.

Hamburg, 17. Jan. Getreidemarkt. Weizen loko fest, holsteinischer loko neuer 158—162. — Roggen loko fest mecklenb. loko neuer 138—144, russischer loko fest, transito 112—114 nom. — Hafer fest. — Gerste fest. — Rüböl (unverz.) ruhig, loko 51 — Spiritus sehr still, v. Januar 23¼ Br., . Jan.-Februar 23 Br., pr. April-Mai 23 Br., per Mai-Juni 23¼ Br — Kaffee fest, Umsatz 2000 Sack. — Petroleum loco ruhig, Standard white loko 5,20 Br., per Februar-März 5,15 Br. — Wetter: Kalt.

Hamburg, 17. Jan. Kaffee. (Nachmittagsbericht). Good average Santos per Jan. 82, per März 80¾, per Mai 78¾, Sept. 78¾, p. Dez. —. Abgeschwächt.

Hamburg, 17. Jan Zuckermarkt. Schlußbericht. Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg per Januar 14,30, März 14,37½, per Mai 14,47½, per Sept. 14,37½. Ruhig.

Pest, 17. Jan Produktenmarkt. Weizen fest, per Frühjahr 7,59 Gd., 7,61 Br., per Herbst 7,47 Gd., 7,49 Br. Hafer per Frühjahr 5,46 Gd, 5,48 Br. Mais per Mai-Juni 1893 4,73 Gd., 4,74 Br. Kohlraps per August-Sept. 11,35 Gd., 11,45 Br. — Wetter: Kalt.

Paris, 17. Jan Getreidemarkt. (Schluß.) Weizen ruhig, p. Januar 22,50, p. Februar 22,50, p. März-April 22,60, p. März-Juni 22,80. — Roggen behauptet, per Januar 14,10. p März-Juni 14,50. — Mehl ruhig, per Januar 49,30, per Febr. 49,30, per März-April 49,40, p März-Juni 49,60. — Rüböl behauptet, p. Jan. 56,25, p. Febr. 56,75, p. März-April 57,25, p. März-Juni 57,50. — Spiritus fest, per Januar 46,75, per Febr. 46,75, per März-April 46,75, p. Mai-August 47,00. — Wetter: Kalt.

Paris, 17. Jan. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. loko 38,50. Weißer Zucker träge, Nr 3, per 100 Kilogramm per Jan. 40,62½, per Februar 40,87½, p. März-Juni 41,62½, p. Mai-Aug. 42,12½.

Havre, 17. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 15 Points Hausse.

Rio 13 000 Sack, Santos 12 000 Sack Rezettes für 2 Tage.

Havre, 17. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. Jan. 101,75, p. März 101,25, per Mai 98,75. Behauptet.

Amsterdam, 17. Jan. Java-Kaffee good ordinary 56½.

Amsterdam, 17. Jan. Bancazinn 55½

Amsterdam, 17. Jan. Getreidemarkt. Weizen per März 180, per Mai 180. — Roggen p. März 135, per Mai 134.

Antwerpen, 17. Jan. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 13 bez. u. Br., per Jan. 13 Br., per Febr.-März 13¼ Br., p. Sept.-Dez. 13 Br. Ruhig.

Antwerpen, 17. Jan. (Telegr. der Herren Wilkens und Comp.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., per Februar 4,45, Juli 4,57½ Käufer.

Antwerpen, 17. Jan. Getreidemarkt. Weizen ⅛ höher. Roggen fest. Hafer fest. Gerste fest.

London, 17. Jan. 96 pCt. Javazucker loko 16⅜ ruhig, Rüben-Rohzucker loko 14¼ ruhig.

London, 17. Jan. An der Küste 1 Weizenladung angeboten. — Wetter: Naßkalt.

London, 17. Jan Chili-Kupfer 45 15/16, per 3 Monat 46 7/16.

Hull, 17. Jan. Getreidemarkt. Weizen ½ sh. höher. — Schneefall.

Glasgow, 17. Jan. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 43 sh. 3 d.

Liverpool, 17. Jan. Getreidemarkt. Weizen 1¼ d., Mais 1½ d. höher, Mehl fest. — Wetter: Schön.

Liverpool, 17. Jan., Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umsatz 5000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Träge.

Middl. amerikan. Lieferungen: Jan.-Febr. 5 1/16 Verkäuferpreis, März-April 5 5/64 Käuferpreis, Mai-Juni 5 9/64 do., Juli-August 5 3/16 d.

Liverpool, 17. Jan., Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle Umsatz 5000 Ball., davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Unverändert.

Middl. amerikan. Lieferungen: Januar-Februar 5 3/32 Käuferpreis, Febr.-März 5 3/64 do., März-April 5 1/16 do., April-Mai 5 3/32 do., Mai-Juni 5⅛ do., Juni-Juli 5 5/32 do., Juli-August 5 3/16 Verkäuferpreis, August-Septbr. 5 11/64 d. Käuferpreis.

Petersburg, 17. Jan. Produktenmarkt. Talg loko 55,00, per August —,—, Weizen loko 11,25, Roggen loko 9,25, Hafer loko 5,00, Hanf loko 43,00, Leinsaat loko 15,50. — Wetter: Frost.

Newyork, 16. Jan. Visible Supply an Weizen 82 041 000 Bushels, do. an Mais 12 260 000 Bushels.

Newyork, 17. Jan. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 138 000, do. nach Frankreich 12 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 34 000, do. von Kalifornien u. Oregon nach Großbritannien 34 000 do., nach anderen Häfen des Kontinents — Orts.

Newyork, 16. Jan. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 9½, do. in New-Orleans 9 5/16. Raff. Petroleum Standard white in New-York 5,30, do. Standard white in Philadelphia 5,25 Gd. Rohes Petroleum in New-York 5,35, do. Pipeline Certifikates, pr. Februar 53. Stetig. Schmalz loko 11,20, do. Rohe u. Brothers 11,50 Zucker (Fair refining Muscovad.) 3 1/16. Mais (New) p. Jan. 53¼, p. Febr. 53¾, p. Mai 54¼. Rother Winterweizen loko 83. Kaffee Rio Nr. 7, 17⅛. Mehl (Spring clears) 3,00. Getreidefracht 1¾. — Kupfer 12,00—12,50. Rother Weizen pr. Jan. 81. per Febr. 81⅞, per Mai 85¼, per Juli 86½. Kaffee Nr. 7 low ord. p. Febr. 16,40, p. April 16,10.

Chicago, 16. Jan. Weizen per Januar 77¼, per Mai 82⅞, Mais per Januar 43½. Speck short clear —,—. Pork per Januar 18,50.

Newyork, 17. Jan. Weizen pr Jan. 80 C., pr. Februar 81 C.

Berlin, 18. Jan. Wetter: Starker Frost.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 17. Jan. Die heutige Börse eröffnete in festerer Haltung und mit zumeist etwas höheren Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten gleichfalls günstiger und veranlaßten im Verein mit anderen auswärtigen Nachrichten die Spekulation zu Deckungskäufen. Das Geschäft entwickelte sich im allgemeinen lebhafter und gelangte auf einigen Gebieten zu guter Ausdehnung. Im späteren Verlaufe des Verkehrs schwächte sich die Haltung allgemein etwas ab und das Geschäft gestaltete sich ruhiger; der Börsenschluß blieb schwach. Der Kapitalsmarkt wies festere Haltung für heimische solide Anlagen auf, bei normalen Umsätzen; Deutsche Reichs- und preußische konsolidirte Anleihen erscheinen etwas höher. Fremde, festen Zins tragende Papiere waren im allgemeinen fest und zum theil, namentlich Italiener, russische Goldanleihen und ungarische 4proz. Goldrente etwas höher und lebhafter. Russische Noten nach schwacher Eröffnung befestigt. Der Privatdiskont wurde mit 1⅝ Prozent notirt. Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Kreditaktien zu etwas höherer und anziehender Notiz lebhaft um; Lombarden und andere österreichische Bahnen fest; Dux-Bodenbach etwas besser. Gotthardbahn und andere schweizerische Bahnen schwächer. Inländische Eisenbahnaktien fester; namentlich Lübeck-Büchen, Mainz-Ludwigshafen, Marienburg-Mlawka, und ostpreußische Südbahn steigend. Bankaktien fester; die spekulativen Devisen belebt und in Diskonto-Kommandit-, Berliner Handelsgesellschafts-Antheile, Aktien der deutschen Bank und Nationalbank für Deutschland anziehend. Industriepapiere fest und theilweise lebhafter; Montanwerthe fester und zeitweise in den Ultimowerthen ziemlich belebt.

Produkten-Börse.

Berlin, 17. Jan. Am Newyorker Markt war gestern Weizen niedriger, da die sichtbare Handelsversorgung ferner zugenommen hat. An der hiesigen Getreidebörse zeigte sich heute stärkeres Angebot für effektive Waare, wie auch Termine, so daß die Preise bei matter Haltung für Weizen um 1 M., für Roggen um 1¼ M. nachgeben mußten. Die Umsätze in dem letzteren Artikel waren ziemlich bedeutend. Hafer war bei kleinem Geschäft wenig verändert. Roggenmehl still und ebenfalls wenig verändert; Abgeber sind sehr zurückhaltend. Rüböl unverändert. Spiritus still und loko wie auf Termine 20 Pf. niedriger.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogr. Loko matter. Termine gewichen. Gekündigt — to. Kündigungspreis — M. Loko 145—163 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 154 M., gelb märk, 158 ab Bahn bez., per diesen Monat —, per März-April —, per April-Mai 161,5—160 bez., per Mai-Juni 163—161,5 bez., per Juni-Juli 164,5—163 bez., per Juli-August 165,5—165 bez.

Roggen per 1000 Kilogr. Loko mäßiger Handel. Termine niedriger. Gekündigt 50 Tonnen. Kündigungspreis 138,75 M. Loko 128—139 Mk. nach Qualität. Lieferungsqualität 135 M., inländischer guter 136—137,5 Mk., per diesen Monat —, per Jan.-Febr. —, per März-April —, per April-Mai 141,25—140,5 bez., per Mai-Juni 142—141,25 bez., per Juni-Juli 143—142 bez.

Gerste per 1000 Kilogramm. Matter. Große und kleine 138 bis 172, Futtergerste 115—135 M. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogramm. Loko matt. Termine niedriger. Gekünd. — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loko 136 bis 160 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 140 M. Pomm. mittel bis guter 137—142, feiner 143—148 bez., preußischer mittel bis guter 135—142 bez., feiner 143—148 bez., schlesischer mittel bis guter 138—143 bez., feiner 144—149 bez., per diesen Monat 142,25 bez., per Januar-Februar —, per April-Mai 141—140,5 bez., per Mai-Juni 142—141,5 bez., per Juni-Juli 143—142,75 bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Loko fest. Termine fest. Gekündigt — Tonnen Kündigungspreis — Mk. Loko 124—135 Mk. nach Qual., per diesen Monat 127 bez, per April-Mai 113,5 bis 113 bez., per Mai-Juni —, per Juni-Juli —.

Erbsen p. 1000 Kilogr. Kochwaare 160—205 M. nach Qual., Futterwaare 132—150 M nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sack. Termine ruhiger. Gekünd. — Sack. Kündigungspreis — M., per diesen Monat und per Jan.-Febr. 18,35—18,3 bez., per Febr.-März —, per April-Mai 18,6—18,55 bez.

Rüböl per 100 Kilogr. mit Faß. Still. Gekündigt — Ztr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß —, ohne Faß —, per diesen Monat — M., per April-Mai 49,4 M., per Mai-Juni 49,5 M.

Petroleum ohne Handel.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sack per diesen Monat 18,50 Mk. — Feuchte Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sack per diesen Monat 10 Gd.

Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto incl. Sack. Per diesen Monat 18,50 Mk.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt —,—. Kündigungspreis — M. Loko ohne Faß 52,4 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungungspreis —. Loco ohne Faß 32,7—32,8 bez.

Spiritus mit 50 M. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe Matter. Gekünd. 30 000 Liter. Kündigungspreis 31,8 M. Loko mit Faß —, per diesen Monat 31,9—31,8 bez., per Jan.-Febr 31,9—31,8 bez., per März-April —, per April-Mai 33,1—32,8—32,9 bez., per Mai-Juni 33,5—32,2—33,3 bez., per Juni-Juli —., per Juli-August 34,5 bis 34,3 bez., per August-September 35—34,7—34,8 bez.

Weizenmehl Nr. 00 22,5—20,5 bez., Nr. 0 20,25—17,75 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 18,5—17,5 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 19,5—18,5 bez. Nr. 0 1,50 Mk höher als Nr. 0 u. pr 100 Kilogr. br. incl Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Doll. = 4¼ M. 100 Rub. = 320 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 1 Gulden holl. W. 1 M. 70 Pf., 1 France oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf

Bank-Diskonto Wechsel v. 16. Jan.

Amsterdam	2½	8 T.	168,75 G.
London	3	8 T.	20,35 bz
Paris	2½	8 T.	80,85 B.
Wien	4	8 T.	168,10 bz
Petersburg	4½	3W.	206,60 bz
Warschau	4½	8 T.	207,70 bz

In Berl. 3. Lomb. 3½ u. 4. Privatd. 1⅝ G.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souvereigns	20,33 G.
20 Francs-Stück	16,20 B.
Gold-Dollars	4,185 bz
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,34 bz
Franz. Not. 100 Frcs.	81,15 bz
Oestr. Noten 100 fl.	168,90 bz
Russ. Noten 100 R.	208,20 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl.	4	107,20 G.
do. do.	3½	100,20 bz G.
do. do.	3	86,40 B.
Prss. cons. Anl.	4	107,20 B.
do. do.	3½	100,60 bz
do. do.	3	86,40 B.
do Scrips, int.		
Sts.-Anl. 1868	4	102,30 bz
Sts.-Schld-Sch.	3½	100,00 G.
Berl.-Stadt-Obl.	3½	98,10 bz G.
do. do. neue	3½	98,10 bz G.
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3½	95,60 bz
Pfandbriefe: Berliner	5	113,25 bz G.
do.	4½	108,90 bz
do.	4	104,50 bz
do.	3½	99,50 bz G.
Ctrl. Ldsch	4	
do. do.	3½	97,90 bz
Kur. u. Neumrk. neue	3½	99,50 G.
do.	4	
Ostpreuss	3½	96,80 G.
Pommer.	3½	98,10 bz G.
do.	4	
Posensch.	4	102,00 bz
do.	3½	97,00 bz G.
Schls. altl.	3½	98,00 G.
do. do.	4	
ldschl Lt. A	3½	98,00 G.
do.	4	
do. neu do.	3½	98,00 G.
do. do. I. II.	4	
Wstp Rittr	3½	97,20 bz G.
do. neul. II.	3½	97,25 bz G.
Pommer.	4	103,00 G.
Posensch.	4	103,00 G.
Preuss.	4	103,00 G.
Schles.	4	103,00 G.
Bad. Eisenb.-A.	4	104,10 G.
Bayer. Anleihe	4	107,10 G.
Brem. A. 1892	3½	98,00 bz G.
Hmb. Sts. Rent.	3½	97,75 bz G.
do. do. 1886	3	85,20 G.
do. amort. Anl.	3½	97,75 bz G.
Sächs. Sts. Anl.	3½	100,50 G.
do. Staats-Rnt.	3	88,25 G.
Prss. Präm-An	3½	184,00 G.
H. Pr.-Sch. 40 T	—	408,90 G.
Bad. Präm.-An.	4	140,40 bz
Bayr. Pr.-Anl.	4	143,70 bz

Brnsch. 20 T. L.	—	104,90 bz
Cöln-M. Pr.-A.	3½	132,75 bz G.
Dess. Präm.-A.	3½	
Ham. 50 T.-L.	3	136,60 bz G.
Lüb. 50 T.-L.	3½	130,50 bz
Mein. 7 Guld-L.	—	28,60 B.
Oldenb. Loose	3	127,10 G.

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl.	5	44,10 G.
do. do.	5	44,75 G.
Bukar. Stadt-A.	5	96,50 bz
Buen. Air. G.-A.	4½	56,60 bz G.
Chines. Anl.	5½	104,90 B.
Dän. Sts.-A. 86.	3½	95,10 G.
Egypt. Anleihe	3	
do. 1890	3½	
do. do.	4	
do. Daira-S.	4	
Finnländ. L.	—	58,90 bz B.
Griech. Gold-A	5	60,50 bz G.
do. cons. Gold	4	45,50 G.
do. Pir.-Lar.	5	52,70 bz G.
Italien. Rente	5	91,90 G.
Kopenh. St.-A.	3½	92,50 bz G.
Lissab. St. A. I. II	4	52,40 bz G.
Mexikan. Anl.	6	79,20 B.
Mosk. Stadt-A.	5	65,00 G.
Norw. Hyp-Obl	3½	
do. Conv. A. 88.	3	
Oest. G.-Rent.	4	98,50 G.
do. Pap.-Rnt.	4⅕	83,10 bz G.
do. do.	5	85,20 B.
do. Silb.-Rent.	4⅕	82,70 bz G.
do. 250 Fl. 54.	4	127,00 bz
do. Kr 100 (58)	—	332,00 bz G.
do. 1860er L.	5	129,40 bz G.
do. 1864er L.	—	334,00 bz G.
Poln. Pf-Br. I-V	5	66,00 bz G.
do. Liq.-Pf.-Br	4	63,90 G.
Portugies. Anl. 1888—89	—	31,10 bz G.
Raab-Gr. Pr.-A.	4	103,60 bz
Röm. Stadt-A.	4	86,60 G.
do. II. III. VI.	4	82,80 bz G.
Rum. Staats-A.	4	82,90 bz G.
do. Rente 90	4	83,00 bz G.
do. do. fund.	5	102,25 bz
do. do. amort.	5	97,25 bz G.
Rss. Eng. A. (1 Pfd. Stl. gl. 20 M.)		
1822	5	
do. 1859	3	82,80 bz
do. 1880	4	96,50 bz
do. 1887	4	
do. 1873		
do. 1875	4½	
do. 1889	4	
do. 1890	4	
Russ. Goldrent	6	103,80 bz B.
do. 1884 stpfl.	5	104,90 G.
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	66,20 bz B.
III. Orient 1879	5	66,80 bz G.
Nikolai-Obl	4	
Pol. Schatz-O.	4	94,90 G.
Pr.-Anl. 1864.	5	158,00 bz
do. 1866.	5	145,90 bz
Bodkr.-Pfdbr.	5	
do. neue.	4½	100,00 G.
Schwedische	3½	94,70 bz
Schw. 1890	3½	95,00 bz G.
do. d. 1888	3	
Schw Hyp.-Pf.	4½	102,40 B.
Serb. Gld-Pfdb.	5	84,00 bz B.
do. Rente	5	77,60 bz G.
do. neue 85	5	77,25 bz G.
Stockh. Pf. 85.	4½	102,80 G.
do. St.-Anl. 80	4	
Span. Schuld.	4	60,70 G.
Türk A. 1865 in Pfd. Sterl. ov.	1	
do. do. B.	1	30,70 G.
do. do. C.	1	21,50 G.
do. Consol. 90	4	73,00 bz
do. Zoll-Oblig	5	
Trk. 400 Frc.-L	—	88,75 bz G.
do. Eg Trib-Anl.	4¼	
Ung. Gld-Rent.	4	96,00 G.
do. Gld.-Inv.-A.	5	103,10 B.
do. do. do.	4½	101,40 B.
do. Papier-Rnt.	5	85,40 bz G.
do. Loose	—	270,00 B.
do. Tem-Bg.-A.	5	88,40 G.
Wiener C.-Anl.	5	106,00 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	—	61,70 bz
Altenbg.-Zeitz	—	204,00 bz G.
Crefelder	4	83,25 bz
Crefld-Uerdng	0	61,50 bz
Dortm.-Ensch.	—	103,25 bz G.
Eutin. Lübeck	—	45,10 bz B.
Frnkf.-Güterb.	—	67,00 bz
Ludwsh.-Bexb.	9⅘	222,25 bz
Lübeck-Büch.	—	143,30 bz
Mainz-Ludwsh	—	114,25 bz G.
Marnb.-Mlawk.	—	63,25 bz
Meckl. Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101,90 G.
Ostpr. Südb.	—	74,25 bz
Saalbahn	—	25,40 B.
Stargrd-Posen	4½	102,50 bz
Weimar-Gera	—	17,10 bz G.
Werrabahn	—	69,60 bz G.
Albrechtsbahn	1	
Aussig-Teplitz	—	
Böhm. Nordb.	—	111,50 G.
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	—	
Buschtherader	—	200,00 B.
Canada Pacifb.	5	87,10 bz
Dux-Bodenb.	—	
Galiz. Karl-L.	4½	
Graz-Köflsch.	—	114,00 G.
Kaschau-Od.	4	
Kronpr. Rud.	4¾	
Lemberg-Cz.	6½	106,60 bz
Oester. Staatsb	4	
do. Lokalb.	—	85,75 G.
do. Nordw.	4¾	
do. Lit. B. Elb.	—	
Raab-Oedenb.	—	25,10 bz
Reichenb.-P.	3,81	81,77 bz
Südöstr. (Lb.)	—	42,90 bz
Tamin-Land	0	2,20 bz
Ungar.-Galiz.	5	
Balt. Eisenb	3	
Donetzbahn	5	101,25 bz
Ivang. Domb.	5	102,75 bz
Kursk-Kiew	12,50	185,50 bz
Mosco-Brest	3	67,80 bz
Russ. Staatsb.	6,56	
do. Südwest.	5,45	74,50 bz G.
Wrsch.-Teres.	5	102,75 bz
Wrsch.-Wien.	—	202,90 bz
Weichselbahn	—	67,00 G.
Amst.-Rotterd.	—	106,25 bz
Gotthardbahn	—	155,10 G.
Ital. Mittelm.	5	100,90 bz B.
Ital. Merid.-Bah	7⅕	125,75 G.
Lüttich-Lmb.	—	25,20 bz B.
Lux. Pr. Henri	—	68,10 bz
Schweiz. Centr	—	117,75 bz
do. Nordost	—	106,80 bz B.
do. Unionb.	—	71,50 bz
do. Westb.		
Westsicilian.		62,75 bz

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm. Colberg	4½	112,75 bz
Bresl-Warsch.	—	53,25 bz
Czakat.-St.-Pr.	5	103,90 bz
Dux-Bodnb AB.	—	
Paul-Neu-Rup.	5	107,00 bz
Prignitz	4½	104,50 bz G.
Szatmar-Nag.	—	89,40 bz
Dortm.-Gron.	—	113,00 G.
Marienb Mlawk	—	107,50 B.
Mecklb. Südb.	—	23,00 bz
Ostpr. Südb.	—	107,40 bz B.
Saalbahn	—	90,50 bz B.
Weimar-Gera	—	85,25 bz

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Berg-Märkisch	3½	99,30 G.
Berl. Potsd.-M.	4	102,00 G.
Brsl Schw Frb H		
Bresl-Warsch.	5	103,20 bz
Mz Ludwh 68/9	4	102,60 G.
do. 90	3½	98,70 G.
Oberschl. Lit B	3½	99,30 G.
do. Lit. E.	3½	99,30 G.
do. Em. v. 1879		
do. Niedrs Zwg	3½	
do. (Starg Pos)	4	101,75 G.
Ostpr Südb. I-IV	4½	103,50 bz G.
Rechte Oderuf.		
Albrechtsb gar	5	90,60 G.
Busch Gold-O.	4½	103,30 bz G.
Dux-Bodenb. I.	5	
Dux-Prag G-Pr.	5	109,20 G.
do.	4	100,25 G.
Franz.-Josefb.	4	82,75 G.
Gal K Ludwgb g	4½	
do. do. 1890	4	81,70 G.
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	97,70 bz B.
Kronp Rudolfb.	4	82,25 B.
do. Salzkammg	4	101,20 bz
Lmb Czern. stfr	4	81,60 G.
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt, g.	3	81,50 G.
do. Staats-I. II.	3	108,60 G.
do. Gold-Prio.	4	101,10 B.
do. Lokalbahn	4½	85,60 G.
do. Nordwestb.	5	93,25 G.
do. Ndw B. G-Pr	5	108,40 G.
do. Lt. B. Elbth.	5	
Raab-Oedenb. Gold-Pr	3	69,00 G.
Reichenb.-Pr. (SNV)	5	82,30 G.
Rchb Gold-Prior.	4	
Südöst- B. (Lb.)	3	63,70 B.
do. Obligation.	5	104,75 bz B.
do. Gold-Prior.	4	97,00 bz G.
Baltische gar.	5	97,10 bz
Brest-Grajewo gar	5	98,00 G.
Gr. Russ. Eis. g.	3	
Ivang.-Dombr. g.	4½	101,00 bz G.
Kozlow-Wor. g.	4	91,70 bz
do. 1889	4	92,50 bz G.
do. Chark. As. (O)	4	91,80 bz G.
do. (Oblig.) 1889	4	92,25 bz
Kursk-Kiew conv	4	93,50 bz G.
Losowo-Sebast.	5	
Mosco-Jaroslaw	5	
do. Kursk gar.	4	87,50 G.
do. Rjäsan gar.	4	93,75 bz G.
do. Smolensk g.	5	101,60 bz G.
Orel-Griasy conv	4	91,90 bz
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Kozlow g	4	93,25 bz G.
Rjaschk-Morcz. g	5	100,90 bz G.
Rybinsk-Bolog.	5	91,50 bz
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar.	4	95,20 B.
Transkaukas. g.	3	78,40 bz
Warsch.-Ter. g.	5	102,10 G.
Warsch.-Wien n.	4	97,20 bz
Wladikawk. O. g.	4	94,00 G.
Zarskoe-Selo	5	89,90 G.
Anatol. Gold-Obl	5	88,90 bz G.
Gotthardbahnov.	4	104,50 B.
Ital. Eisenb.-Obl.	3	56,80 bz G.
Serb. Hyp.-Obl.	5	78,30 bz G.
do. Lit. B.	5	77,10 bz G.
Süd-Ital. Bahn.	3	
Central-Pacific	6	103,60 G.
Illinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4½	98,60 G.
Northern Pacific	6	114,80 bz G.
San Louis-Franc.	6	105,90 bz
Southern Pacific	6	110,70 B.

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	3½	92,20 G.
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3½	112,40 bz G.
do. do. II.	3½	108,00 bz
do. do. III. abg.	3½	98,60 G.
do. do. IV. abg.	3½	98,60 G.
do. do. V. abg.	3½	93,70 G.
do. Hp. B. Pf. IV. V. VI.	5	113,00 G.
do. do.	4	102,30 bz G.
do. do.	3½	95,50 G.
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	100,75 bz
do. do. (unkünd. bar bis 1./1. 1900)	4	102,25 bz
do. do. (rz 100)	3½	95,00 bz
Meininger Hyp.-Pfdb.	4	101,00 bz G.
do. Pr.-Pfdbr.	4	129,40 G.
Pomm. Hypoth.-Akt.		
B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	102,30 bz G.
P. B.-Cr. unkb (rz 110)	5	113,75 G.
do. Sr. III. V. VI (rz 100)	5	108,00 G.
do. do. (rz. 115)	4½	115,75 G.
do. do. X. (rz. 110)	4½	111,40 bz
do. do. (rz. 100)	4	100,90 bz
Pr. Cent.-Pf. (rz. 100)	4	101,75 G. G.
do. do. (rz. 100)	3½	95,50 bz G.
do. do. kündb. 1900	4	103,00 bz G.
Pr. Centr.-Pf. Com-O	3½	95,30 bz G.
Pr. Hyp.-B. I. (rz. 120)	4½	
do. do. VI. (rz. 110)	5	
do. div. Ser. (rz. 100)	4	102,30 bz G.
do. do. (rz. 100)	3½	97,50 bz G.
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4½	
do. do. do.	4	102,20 bz G.
do. do. do.	3½	96,10 bz G.
Schles. B. Cr. (rz. 100)	4	101,60 G.
do. do. (rz. 100)	3½	95,75 G.
Stettin. Nat. Hyp. Cr.		
do. do. (rz. 110)	4½	105,00 G.
do. do. (rz. 110)	4	101,60 G.
do. do. (rz. 100)	4	100,75 bz G.

Bankpapiere.

B. f. Sprit-Prod. H	—	68,00 bz G.
Berl. Cassenver.	—	127,25 bz G.
do. Handelsges.	—	142,30 bz G.
do. Maklerver.	—	127,25 bz G.
do. Prod-Hdbk.	—	
Börsen-Hdlsver.	—	140,00 B.
Bresl. Disc.-Bk.	—	95,80 bz G.
do. Wechslerbk.	—	96,00 G.
Danz. Privatbank	—	
Darmstädter Bk.	—	138,50 bz
do. do. Zettel	—	
Deutsche Bank	—	160,50 bz
do. Genossensch	—	116,00 B.
do. Hp. Bk. 60 pCt	—	116,75 bz G.
Disc.-Command	—	188,50 bz G.
Dresdener Bank	—	144,40 bz
Gothaer Grundcreditbank	—	87,60 bz G.
Internat. Bank	—	
Königsb. Ver.-Bk	—	96,50 G.
Leipziger Credit	—	159,00 G.
Magdeb. Priv.-Bk	—	106,40 G.
Maklerbank	—	
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	—	132,60 G.
Meininger Hyp.-Bank 60 pCt.	—	107,50 bz G.
Mitteld. Crdt.-Bk.	—	99,90 bz G.
Nationalbk. f. D.	—	118,00 bz
Nordd. Grd.-Crd.	—	84,25 bz G.
Oester. Credit-A	—	175,10 bz
Petersb. Disc.-Bk	—	
do. Intern. Bk.	—	
Pomm. Vorz.-Akt	—	113,25 G.
Posen. Prov.-Bk.	—	
Pr. Bodencr.-Bk.	—	128,00 bz G.
do. Cnt-Bd 60 pCt	—	158,00 B.
do. Hyp.-Akt.-Bk	—	120,00 G.
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	—	103,75 G.
do. Immob-Bank 80 pCt.	—	201,50 bz G.
do. Leihhaus	—	
Reichsbank	7,55	147,90 bz
Russische Bank	—	74,00 G.
Schles. Bankver.	—	110,50 bz B.
Warsch. Comerz	—	
do. Disconto	—	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	7½	
Anglo Ct. Guano	—	154,00 B.
Bauges. Berl.-Charl.	7⅕	911,00 bz G.
Bauges. City St.-Pr.	—	90,50 bz G.
Bauges. Dtsche. Bau	—	78,30 G.
Bauges. Hann. St.-P.	—	70,25 bz
Bauges. Humb.	6	126,75 G.
Moabit	8	131,60 G.
Passage	3½	65,00 bz G.
U. d. Linden	0	33,00 bz
Berl. Elekt.-W.	9	
Berl. Lagerhof	0	83,50 bz G.
do. do. St.-Pr	3	119,00 bz G.
Ahrens Br., Mbt.	0	76,00 bz G.
Berl. Bock-Br.	0	41,50 bz
Schultheiss-Br.	16	226,75 bz G.
Bresl. Oelw.	3	87,75 G.
Deutsche Asph.	4	83,75 G.
Dynamit Trust.	11	
Erdmannsd. Sp.	6	92,50 bz G.
Fraust. Zucker.	0	99,10 bz G.
Glauz. Zucker.	12	112,10 bz G.
Gummi Harburg-Wien	20	254,25 bz G.
do. Schwanitz.	0	166,00 bz G.
do. Voigt Winde	8	121,60 G.
do. Volpl. Schldt.	5	94,50 bz G.
Hemmoor Cem.	4	104,25 G.
Köhlm. Strk.	4	
Körbisdf. Zucker	12	114,00 B.
Löwe & Co.	18	211,00 bz G.
Bresl. Linke	13½	
do. Hofm.	13½	
Germ. Vrz.-Akt.	6	86,50 bz G.
Görlitz ov.	8	117,75 G.
Görl. Lüdr.	10	130,25 bz G.
Grusonwerk	10	182,00 bz G.
H. Pauksch.	2½	
Schwarzkopff.	18	240,00 bz G.
Stettin-Vulk.-B.	9	106,00 G.
Sudenburg	24	205,50 G.
O.-Schl. Cham.	3	70,00 bz G.
do. Port.-Cem.	5½	71,00 bz
Oppeln. Cem.-F.	5½	88,00 G.
do. (Giesel)	6	71,50 bz G.
Gr. Berl. Pferdb.	12½	211,50 bz
Hamb. Pferdeb.	4	94,50 G.
Potsd. ov. Pfrdb.	4½	93,50 bz
Posen. Sprit-F.	4	85,00 bz G.
Rositzer Zucker	3	65,60 G.
Schles. Cem.	9½	116,25 G.
Stett. Bred. Cem.	4	92,00 B.
do. Chamott.	15	194,00 G.
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	13⅓	125,25 G.
Berzelius	12	123,40 bz
Bismarckhütte	8	134,00 bz G.
Boch. Gusst.-F.	—	117,50 bz G.
Donnersmarck	—	79,80 G.
Dortm. St.-Pr. A.	—	56,40 bz
Gelsenkirchen	12	138,00 bz
Hibernia	12	112,10 bz
Hörd. St.-Pr.-A.	—	35,00 bz G.
Inowracl. Salz.	0	42,00 bz
König u. Laura.	4	94,80 bz
Lauchham. ov.	—	98,60 G.
Louis. Tief. St.-Pr	—	106,75 bz
Oberschl. Bd.	2	47,60 bz G.
do. Eisen-Ind.	6	113,00 bz G.
Redenh. St.-Pr.	—	11,25 bz
Riebeck. Mont.	15	161,80 bz
Schles. Kohlw.	0	24,10 bz G.
do. Zinkhütte	18	172,25 bz G.
do. do. St.-Pr.	18	172,90 bz G.
Stolb. Zink-H.	2	36,80 bz G.
do. St.-Pr.	7	106,00 B.
Tarnowitz ov.	—	
do. do. St.-Pr.	0	

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.